

## **VEREINBARUNG STRAßENBELEUCHTUNGSDIENSTLEISTUNGEN**

zwischen

Stadt Königsbrunn, Marktplatz 7, 86343 Königsbrunn, ges. vertreten  
durch den Ersten Bürgermeister Franz Feigl,  
im Folgenden „Stadt“ genannt,

und

xxx, vertreten durch die Geschäftsführung xxx,  
im Folgenden „Betreiber“ genannt,  
gemeinsam „Parteien“ genannt,

wird nachfolgender Vertrag geschlossen:

### **Präambel**

Die Stadt Königsbrunn hat in den vergangenen Jahren die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet auf LED umgerüstet. Ziel der Parteien ist es daher, auf Basis dieses Straßenbeleuchtungsdienstleistungsvertrags eine sichere, preisgünstige, effiziente und umweltverträgliche öffentliche Beleuchtung zu gewährleisten, die jederzeit allen gesetzlichen, verordnungsrechtlichen und sonstigen Vorgaben entspricht. Alle Maßnahmen auf Grundlage dieses Vertrags dienen dabei stets auch der Erfüllung aller relevanten Verkehrssicherungspflichten.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien Folgendes:

## Inhaltsverzeichnis

|      |   |    |
|------|---|----|
| § 1  | Vertragsgegenstand, Vertragsgebiet  | 4  |
| § 2  | Straßenbeleuchtungsanlagen  | 4  |
| § 3  | Betrieb der Beleuchtung, Beleuchtungserfolg, Anlagensteuerung, Beistellung, Lagerung und Entsorgung von Material                          | 6  |
| § 4  | Instandhaltung, Störungs- und Schadensbeseitigung, Kostentragung bei höherer Gewalt, Monitoring Leuchtenqualität, Freihaltung von Bewuchs | 7  |
| § 5  | Erneuerung, Erweiterung, energetische Sanierung, Rückbau  | 10 |
| § 6  | Dokumentation, Informationen  | 11 |
| § 7  | Planungsleistungen  | 12 |
| § 8  | Bauliche Maßnahmen mit Einfluss auf das Beleuchtungsnetz  | 13 |
| § 9  | Betriebs-/Bestandsdaten   | 14 |
| § 10 | Technischer Standard  | 14 |
| § 11 | Dienstbarkeiten/Gestattungs- und Nutzungsrechte/Sonstige Rechte   | 15 |
| § 12 | Ausbaubeiträge  | 15 |
| § 13 | Beleuchtungsentgelt, Einzelvergütung  | 16 |
| § 14 | Preisgleitklausel für das Betreiberentgelt  | 18 |
| § 15 | Preisgleitklausel für Materialkosten  | 19 |
| § 16 | Allgemeine Regelungen zu der Preisanpassung   | 20 |
| § 17 | Verkehrs-/Anlagensicherungspflichten, Sicherheitsauflagen   | 20 |
| § 18 | Haftung, Haftungsfreistellung   | 21 |
| § 19 | Übertragung von Rechten und Pflichten   | 22 |
| § 20 | Laufzeit, Endschaft   | 23 |
| § 21 | Erfüllungsort, Gerichtsstand  | 24 |

**Anlage Fo1 – Vertrag StrBel Betrieb und Instandhaltung 2027**

Ausschreibung der Stadt Königsbrunn, o3826-22, Betriebsführung Straßenbeleuchtung

|             |   |           |
|-------------|---|-----------|
| <b>§ 22</b> | <b>Anforderungen an die Abrechnung, Textform, Vertragsanlagen</b> | <b>24</b> |
| <b>§ 23</b> | <b>Erhaltungs-/Ergänzungsklausel</b>                              | <b>24</b> |

## § 1 Vertragsgegenstand, Vertragsgebiet

- (1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Gewährleistung einer sicheren, preisgünstigen, effizienten und umweltverträglichen öffentlichen Beleuchtung im Vertragsgebiet durch den Betreiber, die jederzeit allen gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Vorgaben entspricht. Dies umfasst den Betrieb, die Wartung und die Instandhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet.
- (2) Der Betreiber führt den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung im Vertragsgebiet gemäß den Regelungen dieses Vertrags für die Stadt durch. Die Stadt erwartet die Berücksichtigung des **städtischen Beleuchtungskonzepts** durch den Betreiber im Rahmen des rechtlich und technisch zulässigen (vgl. **Anlage 1**). Der Betreiber berücksichtigt bei allen Maßnahmen den Schutz von Umwelt und Natur, insbesondere hinsichtlich Lichtverschmutzung und CO<sub>2</sub>-Reduktion und berücksichtigt die entsprechenden kommunal-, landes- und bunderechtlichen Vorschriften und Vorgaben (vgl. u.a. Auflistung in **Anlage 2**).
- (3) Von diesem Vertrag erfasst werden der Betrieb, die Wartung und Instandhaltung der oberirdischen Straßenbeleuchtungsanlagen im Stadtgebiet Königsbrunn (Vertragsgebiet). Unterirdische Leitungen sowie ausdrücklich diesen dienende Arbeiten sind ausdrücklich nicht Gegenstand dieses Vertrags. Das Netz und die weiteren Anlagen werden aufgrund der Zugehörigkeit zum Netz der allgemeinen Versorgung (zunächst weiterhin) von der LEW Verteilnetz GmbH (im Folgenden „LVN“) betrieben.

## § 2 Straßenbeleuchtungsanlagen

- (1) Straßenbeleuchtungsanlagen sind alle Sachen und Anlagen, sowie deren Bestandteile, die der öffentlichen Beleuchtung dienen („Straßenbeleuchtungsanlagen“). Zu den Straßenbeleuchtungsanlagen gehören alle separierbaren Komponenten, wie beispielsweise Leuchten, Tragsysteme, Steuer- und Einspeiseschränke, Kabelverteiler sowie dazugehörige Armaturen und Steuerungseinrichtungen. Darüber hinaus gehören zu den Straßenbeleuchtungsanlagen unter anderem Lichtquellen, Zünd- und Vorschaltgeräte, Treiber von LED-Leuchten, Anschlusssysteme für Weihnachtsbeleuchtung sowie Beleuchtungen von Unterführungen und Fahrradabstellanlagen. Nicht zu den

Straßenbeleuchtungsanlagen gehören Lichtsignalanlagen.

- (2) Bei den Lichtsignalanlagen an der Trambahnlinie 3 betrifft die Zuständigkeit des Betreibers nur diejenigen Komponenten, die Straßenbeleuchtungsanlagen darstellen (vgl. **Anlage 4 - Liste Eigentumsgrenzen**). Diejenigen Komponenten der Lichtsignalanlagen, die nicht zur Straßenbeleuchtung gehören, verbleiben im Verantwortungsbereich der Stadt. Diese Zuordnung gilt auch für den Fall gemeinsam genutzter/geteilter Masten, wobei die Stadt im Fall von Beschädigungen für diese selbst zuständig ist.
- (3) Die Stadt ist Eigentümerin der Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet (siehe **Anlage 3 - Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis**). Die Eigentumsgrenzen, beginnend mit den Eingangsklemmen der jeweiligen Leuchten im Kabelübergangskasten (KÜK) bzw. in sonstigen Anschlusseinheiten (z. B. Kabelabzweigsäulen vor kommunaleigenem Straßenbeleuchtungskabelnetz), ergeben sich aus **Anlage 4 - Liste Eigentumsgrenzen**. Dieser Vertrag lässt die Eigentumsverhältnisse unberührt.
- (4) Straßenbeleuchtungsanlagen bzw. deren Teile, die im Rahmen von Maßnahmen der Instandhaltung, der Erneuerung oder des Umbaus/Rückbaus entstehen, gehen mit dem Einbau bzw. der Einbringung in das Eigentum der Stadt über.
- (5) Neuanlagen, die vom Betreiber während der Vertragslaufzeit errichtet werden, gehen spätestens mit der Inbetriebnahme in das Eigentum der Stadt über. Der Betreiber stellt sicher, dass diese Neuanlagen im Zeitpunkt der Inbetriebnahme frei sind von Rechten Dritter. Er stellt sicher, dass der Stadt ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme unentgeltlich diejenigen Gewährleistungs- und Garantieansprüche zugutekommen, die ihm gegenüber dem Hersteller zustehen. Bzgl. der im Zeitpunkt dieses Vertragsschlusses bereits bestehenden Neuanlagen erklärt sich der Betreiber mit einer Ausübung der Gewährleistungsrechte und Garantien sowie der Durchführung der Garantieabwicklung inklusive Montage für die noch bestehende Gewährleistungs- und Garantiezeit durch die bis zum 31.12.2026 zuständige LVN bereit. Die von dieser Regelung betroffenen Straßenbeleuchtungsanlagen sind in **Anlage 3 - Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis** entsprechend dokumentiert.

### **§ 3 Betrieb der Beleuchtung, Beleuchtungserfolg, Anlagensteuerung, Beistellung, Lagerung und Entsorgung von Material**

- (1) Der Betreiber schuldet den Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet nach Maßgabe dieses Vertrags und verpflichtet sich zum Beleuchtungserfolg. Beleuchtungserfolg meint dabei nicht die Strom- oder Lichtlieferung, sondern die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Straßenbeleuchtungsanlagen. Maßgeblich für den Beleuchtungserfolg sind die vom Betreiber in Abstimmung mit der Stadt unter jederzeitiger Einhaltung aller technischen, vertraglichen und rechtlichen Vorgaben für die jeweiligen Lichtpunktstandorte als erforderlich angesehenen Beleuchtungsniveaus. In Einzelfällen kann nach Rücksprache mit der Stadt von diesen abgewichen werden. Das städtische Beleuchtungskonzept (**Anlage 1**) ist zu berücksichtigen.
- (2) Ein Lichtpunkt im Sinne dieses Vertrags ist jede Leuchte, die auf einem eigenen Tragsystem installiert ist, sowie alle Leuchten ohne eigenes Tragsystem, wie Decken-, Wand-, Boden-, Pollerleuchten oder Leuchten an Tragsystemen. In einer Leuchte können mehrere Lichtquellen installiert sein.
- (3) Eine Leuchtstelle ist die Zusammenfassung der eigenständigen Bauelemente Leuchte, Tragsystem, Verbindungsleitung zwischen Leuchte und Kabelübergangskasten und Kabelübergangskasten bis zu dessen Eingangsklemmen in einer technischen Einheit.
- (4) Die Steuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt mittels Astrouhr, in Einzelfällen mittels Dämmerungsschalter durch die LVN. Im Fall gemeinsam genutzter/geteilter Masten (Teilung zwischen Lichtsignalanlage und Leuchten) obliegt die Unterhaltung der Masten dem Verantwortungsbereich der Stadt. Sollte die Stadt während der Vertragslaufzeit dieses Vertrages die Steuerungssystematik der Straßenbeleuchtung umstellen, wird eine gesonderte Lösung und Beauftragung der Steuerung erfolgen.

- (5) Der Betreiber ist verpflichtet, nach Durchführung von Maßnahmen nach diesem Vertrag abgebaute/rückgebaute Teile der Straßenbeleuchtung zu verwerten bzw. die ordnungsgemäße Entsorgung des nicht mehr verwendbaren Materials im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften sicherzustellen.
- (6) Die Stadt organisiert die Einlagerung von abgebauten und noch verwertbaren Leuchtenteilen i. S. d. Abs. (5) auf ihrem Betriebshof und erstellt/führt eine Übersichtsliste über dort gelagerte noch verwertbare Anlagenteile. Die Anlieferung der abgebauten/rückgebauten Anlagenteile zum Betriebshof sowie die Abholung der dort eingelagerten Anlagenteile zur weiteren Verwendung erfolgt durch den Betreiber.
- (7) Die Beschaffung von neuen Anlagenteilen/Material für die Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet obliegt dem Betreiber. Dieser wird das für die Instandhaltung der Straßenbeleuchtungsanlage erforderliche Material lagermäßig vorhalten. Nicht vorrätige Ersatzteile sind binnen 3 Werktagen zu beschaffen.

**§ 4 Instandhaltung, Störungs- und Schadensbeseitigung, Kostentragung bei höherer Gewalt, Monitoring Leuchtenqualität, Freihaltung von Bewuchs**

- (1) Der Betreiber ist für die Wartung, Instandhaltung und den Betrieb der im Vertragsgebiet befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen verantwortlich. Er beseitigt dabei zeitnah alle Störungen und Schäden der Straßenbeleuchtungsanlagen durch zumindest gleichwertigen Ersatz oder eine entsprechende Reparatur. Dazu hält er gemäß § 3 Abs. (7) alle für die Vertragserfüllung erforderlichen Materialien im erforderlichen Umfang vor. Maßnahmen zur Instandhaltung werden regelmäßig in festgelegten Wartungszyklen gemäß **Anlage 5 - Leistungsverzeichnis** durchgeführt. Die Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagenteilen unterliegt den Regelungen in § 5 und ist nicht Bestandteil der Instandhaltung.
- (2) Als Instandhaltung gelten sämtliche Maßnahmen zur Erhaltung des funktionsfähigen Zustands der Straßenbeleuchtungsanlagen oder der Rückführung in diesen. Erfasst sind insbesondere die für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Unterhaltungs-, Reinigungs-, Inspektions-, elektrotechnischen

Prüfungs-, Wartungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie der Austausch von Kleinteilen, soweit es sich nicht um Erneuerungen handelt.

- (3) Als Störung gilt die zumindest eingeschränkte Funktionstüchtigkeit einer Straßenbeleuchtungsanlage, als Schaden gilt jede Beschädigung einer Straßenbeleuchtungsanlage unabhängig davon, ob sie deren Funktionstüchtigkeit beeinträchtigt.
- (4) Bei Störungen oder Schäden an der Straßenbeleuchtungsanlage ist der Betreiber verpflichtet, diese unverzüglich, spätestens aber binnen zwei Wochen nach Kenntnisnahme/Meldung an den Betreiber, instand zu setzen. Sollte dies wirtschaftlich oder technisch nicht sinnvoll sein, ist nach Rücksprache mit der Stadt die Errichtung eines neuen Anlagenteils zu veranlassen („Erneuerung“). Hierfür gelten die Regelungen in § 5.
- (5) Der Betreiber ist zur Beseitigung von Störungen oder Schäden an Straßenbeleuchtungsanlagen, von denen eine Gefahr für Leib und Leben oder die Verkehrssicherheit ausgeht, unverzüglich, maximal jedoch innerhalb von zwei Stunden nach Kenntnisnahme/Meldung an den Betreiber verpflichtet. Die Frist ist gewahrt, wenn der Betreiber die entsprechende Gefahr beseitigt hat und jedenfalls im Bereich von besonders gefährdeten Stellen (z. B. Fußgängerüberwegen, Schulwegbeleuchtung, etc.) eine zumindest provisorische Beleuchtung sicherstellt. Soweit ein Provisorium erforderlich ist, hat der Betreiber den geschuldeten Zustand der Straßenbeleuchtungsanlage innerhalb von 6 Wochen nach Kenntnisnahme/Meldung an den Betreiber instand zu setzen bzw. bei Wiederherstellung durch Erneuerung wiederherzustellen. Soweit für die Wiederherstellung die Erneuerung einer Straßenbeleuchtungsanlage notwendig wird, gelten die Regelungen in § 5.
- (6) Die Kenntnisnahme des Betreibers erfolgt üblicherweise durch Kenntniserlangung im Rahmen der üblichen Betriebsführungstätigkeiten oder durch Information durch die Stadt selbst. Die Stadt hält für Störungsmeldungen eine Störungshotline sowie die Möglichkeit einer Meldung über ein Onlineformular vor, das vom Betreiber kostenlos zur Verfügung gestellt wird und über das – nach Prüfung durch die Stadt – Störungsmeldungen durch die Stadt an den Betreiber weitergeleitet werden. Der Betreiber stellt sicher, dass 24/7 eine



Störungsentgegennahme erfolgt und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. Er informiert die Stadt per E-Mail über die Durchführung von Maßnahmen.

- (7) Bis zu einem Betrag von € 5.000,00 zzgl. USt. pro Kalenderjahr trägt der Betreiber die Kosten für die Beseitigung von Schäden, deren Verursacher unbekannt ist. Alle darüber hinaus gehenden Kosten, die ihm durch die Beseitigung entstehen, erstattet die Stadt auf Nachweis; der Betreiber führt den Nachweis solcher Kosten, indem er der Stadt eine fiktive Abrechnung aller erforderlichen Leistungen nach Maßgabe von **Anlage 6 (Preisblatt)** vorlegt. Der Wert von € 5.000,00 zzgl. USt. ist preisbereinigt zu verstehen, d. h. dieser Wert verändert sich nach Maßgabe der Preisanpassungsformel aus § 14.
- (8) Sind die Schadensverursacher bekannt, obliegt die Geltendmachung sämtlicher Ersatzansprüche gegenüber Dritten dem Betreiber. Die Stadt verpflichtet sich, Ersatzansprüche gegen Dritte wegen Schäden den Straßenbeleuchtungsanlagen an den Betreiber abzutreten. Die Einnahmen aus Ersatzleistungen Dritter stehen dem Betreiber zu. Kosten für die Beseitigung eines Schadens werden bei bekanntem Verursacher nicht bei dem vom Betreiber nach § 4 Abs. (7) zu tragendem Betrag berücksichtigt.
- (9) Der Betreiber ist verpflichtet, regelmäßige Inspektionen der Anlagen durchzuführen. Die Inspektionsintervalle betragen gemäß DGUV A3 vier Jahre. Zusätzlich ist mindestens jährlich eine Befahrung der Straßenbeleuchtungsanlagen im eingeschalteten/beleuchteten Zustand durchzuführen, wobei der Zustand der Straßenbeleuchtungsanlagen zu dokumentieren ist. Die Ergebnisse der Inspektionen und der Befahrungen sind in einem Bericht festzuhalten, der der Stadt gemäß § 6 Abs. (4) vollständig jährlich zum 30.06. zur Verfügung zu stellen ist („**Jahresabschlussbericht**“). Der Bericht muss eine Dokumentation des Anlagenzustands einschließlich festgestellter Mängel oder Schäden, Angaben zu durchgeführten Maßnahmen und Empfehlungen für notwendige Reparaturen oder Wartungsarbeiten sowie eine Fotodokumentation relevanter Befunde umfassen.
- (10) Der Betreiber verpflichtet sich, ein konkretes Monitoring der Leuchtenqualität durchzuführen, um Defekte oder ein Nachlassen der Funktion rechtzeitig

zu erkennen und das Erfordernis eines Austauschs von LED-Leuchten und insbesondere Vorschaltgeräten der Stadt gegenüber frühzeitig anzuzeigen. Das Monitoring ist im Rahmen eines Jahresabschlussberichts nach § 6 Abs. (4) vorzulegen. Der dadurch bedingte Austausch/Erneuerung selbst ist nicht Bestandteil dieses Vertrags und bedarf einer gesonderten Beauftragung durch die Stadt i. S. d. § 5 Abs. (6).

- (11) Der Betreiber hat im Rahmen seiner regelmäßigen Kontrollpflichten zu prüfen, ob Freischnittmaßnahmen an Straßenbeleuchtungsanlagen sowie Freileitungen erforderlich sind. Der Betreiber weist die Stadt unverzüglich nach Kenntnisnahme auf freizuschneidende Straßenbeleuchtungsanlagen hin, Dabei informiert der Betreiber die Stadt unverzüglich über festgestellten Handlungsbedarf einschließlich einer Dringlichkeitsbewertung.
- (12) Die weiteren vom Betreiber zu erbringenden Leistungen (u.a. Anbringen von vorgeschriebenen Aufklebern, Anstrich, etc.) sind in **Anlage 5 Leistungsverzeichnis** aufgelistet.

#### **§ 5 Erneuerung, Erweiterung, energetische Sanierung, Rückbau**

- (1) Erneuerung sind sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der abnutzungsbedingten Wiederherstellung der Neuwertigkeit von Straßenbeleuchtungsanlagen. Von einer Abnutzung in diesem Sinne ist insbesondere dann auszugehen, wenn die Straßenbeleuchtungsanlagen aufgrund ihres Alters oder ihrer Beschaffenheit nicht mehr mit wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen Instand gehalten werden können. In der Regel ist dies bei einem Reparaturaufwand, der 75 % der Kosten eines gleichwertigen Ersatzes überschreitet, der Fall.
- (2) Als Erneuerung gelten auch zielgerichtete Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung, soweit sie nicht üblicherweise als Maßnahme der Instandhaltung einzustufen sind.

- (3) Erweiterung/Neubau sind sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der erstmaligen Errichtung/Herstellung einer Beleuchtungsanlage nach Vertragsbeginn auf einer öffentlichen Verkehrsfläche, z. B. bei Nachverdichtung oder der Errichtung neuer Baugebiete.
- (4) Rückbau ist die Beseitigung bestehender Beleuchtungsanlagen einschließlich ihrer ordnungsgemäßen Entsorgung und die Herstellung des ordnungsgemäßen Zustands des ehemaligen Aufstellungsorts, wie beispielsweise die Beseitigung von Mastfundamenten sowie die Durchführung von Pflaster- und Putzarbeiten.
- (5) Der Betreiber und die Stadt stimmen sich jährlich über durchzuführende Erneuerungs-, Erweiterungs- und Rückbaumaßnahmen ab. Dazu schlägt der Betreiber der Stadt zum 30.06. jeden Jahres einen Erneuerungs-/Erweiterungs-/Rückbauplan für das folgende Jahr vor. Die Stadt prüft die Vorschläge und stimmt mit dem Betreiber die Umsetzung sowie die Möglichkeiten einer Mitverlegung im Bereich der Kabelerneuerung bei städtischen Baumaßnahmen oder Maßnahmen anderer Versorgungsträger (wie insbesondere aus den Bereichen Wasser/Abwasser, Strom und Gas) ab.
- (6) Sofern die Stadt den Betreiber mit einer Erneuerungs-, Erweiterungs- oder Rückbaumaßnahmen beauftragt, wird darüber eine gesonderte Vereinbarung auf Basis der Kostenregelungen im Preisblatt (**Anlage 6 -Preisblatt**) getroffen. Dies gilt auch für die Fälle, in denen die Erneuerung im Rahmen der Beseitigung von Schäden notwendig wird. Die Stadt ist berechtigt, eine Erneuerung/Erweiterung/Rückbau selbst vorzunehmen oder von dem Betreiber oder einem Dritten vornehmen zu lassen; der Betreiber ist zu Erneuerung/Erweiterung/Rückbau jeweils nur auf Anforderung der Stadt in Textform verpflichtet oder jeweils nur nach Zustimmung der Stadt in Textform dazu berechtigt.

## § 6 Dokumentation, Informationen

- (1) Der Betreiber ist zur Bestandsaufnahme vor und nach Durchführung einer vertraglichen Maßnahme verpflichtet. Jede Maßnahme ist mit geeigneten Nachweisen je Einzelprojekt zu dokumentieren und digital zu erfassen sowie der Stadt binnen 1 Monat nach Beendigung der Maßnahme, spätestens aber mit

Rechnungsstellung, in Textform mitzuteilen. Der Betreiber stellt Abweichungen in der tatsächlich erfolgten Ausführung gegenüber den angebotenen Leistungen dar.

- (2) Die Dokumentation umfasst die Verpflichtung, **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) aktuell und vollständig zu halten und gemäß den Vorgaben der Leistungsverzeichnis (**Anlage 5**) zu ergänzen und fortzuschreiben. Erneuerte Anlagen i. S. v. § 5 sind in **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) als solche zu kennzeichnen.
- (3) Der Stadt steht während der Laufzeit des Vertrags jederzeit das Recht zu, in das als **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) bezeichnete, fortgeführte Verzeichnis in elektronischer Form (online-Leseberechtigung für mindestens 2 Nutzer) kostenlos Einsicht zu nehmen und kostenlos Kopien hiervon anzufertigen. Der Betreiber stellt der Stadt außerdem zum 30.06. eines jeden Jahres die aktualisierten Daten der **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) in einer vom GIS-System (SHP-Datei) der Stadt auslesbaren Form kostenlos zur Verfügung.
- (4) Der Betreiber wird der Stadt anlassbezogen, spätestens aber halbjährlich („Zwischenbericht“) sowie nach Abschluss eines jeden Jahres bis zum 30.06. des Folgejahres einen **Jahresabschlussbericht** vorlegen. Der Zwischenbericht hat mittels gesonderter Hinweise auf Änderungs- und Reparaturbedarfe Bezug zu nehmen, der Jahresabschlussbericht hat alle im Vorjahr durchgeführten Maßnahmen sowie Besonderheiten im Zusammenhang mit dem Betrieb, der Wartung und der Instandhaltung der Straßenbeleuchtung zu beschreiben, die Anforderungen nach § 4(9) ff. zu erfüllen und mittels gesonderter Hinweise ebenfalls auf Änderungs- und Reparaturbedarfe Bezug zu nehmen.
- (5) Der Betreiber erteilt gegenüber der Stadt und gegenüber berechtigten Dritten jederzeit Planauskünfte – im Fall von Gefahr in Verzug erfolgt die Mitteilung unverzüglich.

## **§ 7 Planungsleistungen**

- (1) Notwendige Planungsleistungen, die sich aus der Durchführung von Leistun-

gen nach § 4 ergeben, sind vom Betreiber zu erbringen und sind mit dem Beleuchtungsentgelt nach § 13 abgegolten.

- (2) Soweit der Betreiber Planungsleistungen im Auftrag der Stadt vornimmt, die nicht im Leistungsumfang dieses Vertrags enthalten und nicht mit dem Beleuchtungsentgelt abgegolten sind (u.a. für Erneuerungen oder Erweiterungen nach § 5), legt er der Stadt zunächst einen Projektentwurf mit Kostenvoranschlag unter Berücksichtigung der in **Anlage 6** (Preisblatt) genannten und auf Basis der Preisanpassungsklausel gem. § 15(1) fortgeschriebenen Preise vor. Die Stadt stimmt den Planungsleistungen binnen 14 Kalendertagen in Textform zu oder lehnt diese ab und fordert gegebenenfalls Nachbesserungen. Die Kosten für diese zusätzlichen Planungsleistungen werden von der Stadt getragen.

#### **§ 8 Bauliche Maßnahmen mit Einfluss auf das Beleuchtungsnetz**

- (1) Bei Arbeiten an den Straßenbeleuchtungsanlagen, die Schaltungsmaßnahmen am Straßenbeleuchtungsnetz oder dem Netz der allgemeinen Versorgung bedingen („Freischaltung“), hat eine Abstimmung des Betreibers mit dem Netzbetreiber des Straßenbeleuchtungsnetzes sowie des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung (aktuell LVN) stattzufinden (vgl. **Anlage 7 - Netztrennungsvereinbarung**).
- (2) Sofern im Vertragsgebiet neue Straßenbeleuchtungsanlagen errichtet werden (z. B. im Rahmen von Neubaugebieten), koordiniert die Stadt die Arbeiten des Erschließungsträgers und des Betreibers des Straßenbeleuchtungsnetzes sowie des Betreibers.
- (3) Sofern der Betreiber Maßnahmen an Straßenbeleuchtungsanlagen vornimmt, die Einfluss auf die Netzstruktur haben und zu einer Erneuerung von Schaltstellen oder Kabelverteilerschränken führen oder diese erforderlich machen, wird er sich in Zusammenarbeit mit dem Netzbetreiber des Straßenbeleuchtungsnetzes sowie des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung (aktuell LVN) bemühen, sofern erforderliche eine Trennung der beiden Netze herbeizuführen und Schaltstellen oder Kabelverteiler außerhalb des Eigentums des Netzbetreibers des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung neu errichten. Hierbei gelten die Regelungen der zwischen der Stadt und der LVN

im Rahmen der Netztrennungsvereinbarung (**Anlage 7**) getroffenen Vereinbarungen unter Berücksichtigung der Vorgaben zu Planungsleistungen nach § 7.

- (4) Sofern im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung Zugriffe auf Schaltanlagen des Stromnetzes der allgemeinen Versorgung – z. B. im Rahmen von Wartung und Reparatur – gegen Entgeltzahlung an die LVN erforderlich sind („**Freischaltung**“), trägt die Stadt die hierdurch anfallenden Kosten. Das konkrete Vorgehen im Innenverhältnis Stadt – LVN richtet sich in diesem Fall nach Vorgaben einer im Rahmen dieses Vertragsschlusses ergänzend abzuschließenden **Schaltvereinbarung** zwischen der Stadt und der LVN.

#### **§ 9 Betriebs-/Bestandsdaten**

- (1) Die Stadt legt dem Betreiber zu Beginn des Vertragsverhältnisses eine auf dem neuesten Stand befindliche **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) vor. Diese stellt die Grundlage für die Planung von Betrieb und Instandhaltung sowie für die Fortführung der Dokumentation gemäß § 6 dar.
- (2) Nach Beendigung dieses Vertrags ist der Betreiber verpflichtet, der Stadt eine auf dem neuesten Stand befindliche **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) in einer allgemein auslesbaren Form (z. B. Excel/pdf oder einem dann marktgängigen, bei der Stadt vorhandenen System) und in einer vom GIS-System (SHP-Datei) der Stadt auslesbaren Form kostenlos zu übergeben.

#### **§ 10 Technischer Standard**

- (1) Der Standard für die öffentliche Beleuchtung ergibt sich aus § 3 Abs. (1) unter jederzeitiger Einhaltung aller technischen, vertraglichen und rechtlichen Vorgaben sowie der Hinweise aus der Leistungsverzeichnis (**Anlage 5**).
- (2) Für alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Instandhaltung von Leuchten sind die Vorgaben aus **–Anlage 6 (Preisblatt)** zu berücksichtigen. Abweichungen von den Vorgaben der Stadt bzw. dem im Rahmen der Vorgaben des Preisblatts bestehenden Leuchtenkatalog sind für den Betreiber nur möglich, soweit diese vorab mit der Stadt abgestimmt werden und die Stadt der Abweichung in Textform zustimmt.
- (3) Die **Anlage 6 (Preisblatt)** wird zwischen der Stadt und dem Betreiber über die

Vertragslaufzeit unter Berücksichtigung des jeweiligen Stands der Technik auf Basis der Regelungen in § 15 (Preisgleitklausel Material) fortgeschrieben.

#### **§ 11 Dienstbarkeiten/Gestattungs- und Nutzungsrechte/Sonstige Rechte**

- (1) Die Stadt erteilt dem Betreiber das Recht, alle öffentlichen Verkehrsflächen sowie die stadteigenen öffentlichen Grundstücke zur Erfüllung der in diesem Vertrag genannten Verpflichtungen zu benutzen. Eine anderweitige Nutzung bedarf der Genehmigung des Straßenbaulastträgers. Soweit sich Straßenbeleuchtungsanlagen auf nicht stadteigenen Grundstücken befinden, wird die Stadt alles Zumutbare unternehmen, um dem Betreiber den Zugang zu dem betreffenden Grundstück und die Nutzung der dort vorhandenen Anlagen zu ermöglichen.
- (2) Die Beleuchtungsmasten können durch die Stadt vorbehaltlich einer technischen Prüfung für das Anbringen von Verkehrszeichen, Geschwindigkeitsanzeigen, Signal- und Kommunikationsanlagen, Sensorik und Wegweisern, Weihnachtsbeleuchtung sowie in sonstiger Weise (Plakate, Werbeschilder, etc.) unentgeltlich genutzt werden.
- (3) Die zur Aufgabenwahrnehmung der öffentlichen Beleuchtung im Rahmen dieses Vertrags erforderlichen Dienstbarkeiten, Gestattungs- und Nutzungsrechte, Leitungsrechte sowie sonstigen Rechte können von dem Betreiber für die Stadt in Anspruch genommen werden, soweit die Stadt hinsichtlich dieser Rechte einseitig ausübungsbefugt ist und es keiner gesonderten Formerfordernisse bedarf. Mit der Inanspruchnahme verbundene Pflichten sind von dem Betreiber zu erfüllen.
- (4) Soweit eine Inanspruchnahme einzelner Rechte und Pflichten nicht zulässig sein sollte, wird die Stadt diese Rechte und Pflichten entsprechend den Weisungen des Betreibers unter Berücksichtigung des rechtlich Zulässigen ausüben.

#### **§ 12 Ausbaubeiträge**

- (1) Der Betreiber hat der Stadt nach Abschluss einer baulichen Maßnahme nach § 5 eine die genauen Kosten dieser Maßnahme ausweisende, gesonderte Auf-

stellung zu fertigen und zu übersenden. Die Kostenaufstellung ist so zu gestalten, dass es der Stadt unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben möglich ist, Erschließungs- und/oder Ausbaubeiträge gemäß dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz und/oder dem Baugesetzbuch sowie aller geltenden Rechtsnormen zu erheben und mögliche Zuwendungs- oder Fördermittel zu realisieren. Die Angaben erfolgen jeweils als Nettobetrag.

- (2) Soweit es die Stadt wünscht, hat der Betreiber der Stadt eine Kostenaufstellung entsprechend den voraussichtlichen Kosten (Kostenschätzung) zu übergeben, so dass die Stadt den Anliegern und sonstigen Betroffenen (inkl. dem Freistaat Bayern) gegebenenfalls Ablösungsangebote unterbreiten kann, die bei Annahme eine spätere Beitragserhebung ersetzen. Ist es aus rechtlichen Gründen erforderlich oder aus tatsächlichen Gründen praktikabel, übergibt der Betreiber neben der Kostenaufstellung maßnahmenbezogen auch Einzelabrechnungen. Sollte aus rechtlichen Gründen eine Bezahlung dieser Einzelabrechnungen erforderlich sein, um eine Beitrags- oder Zuwendungsfähigkeit zu realisieren, wird die Stadt diese vornehmen.

### § 13 Beleuchtungsentgelt, Einzelvergütung

- (1) Der Betreiber erhält für seine vertraglichen Leistungen ein Beleuchtungsentgelt (Angaben jeweils netto) in Form einer Betriebsführungspauschale (Betrieb, Wartung und Instandhaltung) pro Leuchtstelle, vgl. **Anlage 6** (Preisblatt).
- (2) Die Betriebsführungspauschale beträgt im ersten Vertragsjahr € [...] zzgl. USt. pro Leuchtstelle. Die Pauschalvergütung deckt alle vertraglichen Leistungen ab, soweit nichts Abweichendes geregelt ist. Die Pauschalvergütung umfasst daher Personal- und Materialkosten für den Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlagen. Die Beschaffung des zur Beleuchtung erforderlichen Stroms ist nicht Gegenstand dieses Vertrags.
- (3) Maßstab für die der jährlichen Abrechnung zugrunde zu legenden Leuchtstellen ist die Anzahl der zum 01.01. des Jahres in Betrieb befindlichen Leuchtstellen. Die jeweils aktuelle Anzahl der Leuchtstellen ergibt sich aus der vom Betreiber fortzuschreibenden **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis).



- (4) Die Stadt zahlt an den Betreiber für jedes Vertragsjahr zum 30.06. jährliche Betriebsführungspauschale.
- (5) Das Betreiberentgelt unterliegt der Preisanpassung nach § 14 die Material- und Lohnkosten im Rahmen des Preisblatts (**Anlage 6**) unterliegen der Preisanpassung nach § 15.
- (6) Nach Abschluss eines Vertragsjahres übergibt der Betreiber der Stadt spätestens bis zum 30.06. des folgenden Kalenderjahres eine Schlussrechnung unter Berücksichtigung der Betriebsführungspauschale. Differenzbeträge zwischen den geleisteten Abschlagszahlungen und der Gesamtsumme der Jahresabschlussrechnung sind innerhalb von sechs Wochen nach Vorlage der prüffähigen und vertragskonformen Jahresschlussrechnung i. S. d. § 22 Abs. (1) zur Zahlung fällig.
- (7) Wenn eine Maßnahme auf Grundlage der Regelung in § 5 oder § 7 Abs. (2) erfolgt ist und damit als Einzelvergütung abgerechnet werden soll, ist der Abschluss der Maßnahme der Stadt unverzüglich in Textform zur Abnahme innerhalb einer angemessenen Frist von mindestens zwei Wochen anzuzeigen sowie eine prüfbare Schlussrechnung zu erstellen. Der Betreiber hat aufgezeigte Mängel innerhalb von einem Monat ab Aufforderung zu beseitigen. Wenn die Abnahme innerhalb der Frist nicht erfolgt, gilt die Maßnahme als abgenommen. Die Stadt kann verlangen, dass für eine Maßnahme eine förmliche Abnahme erfolgt, bei der die Parteien die gemeinsame Abnahme protokollieren.
- (8) Die Einzelvergütung wird projektbezogen, aber quartalsweise vergütet. Sie richtet sich nach den Regelungen in § 5 oder § 7 Abs. (2) in Verbindung mit **Anlage 6** (Preisblatt). Soweit das Entgelt nicht durch **Anlage 6** (Preisblatt) festgelegt wird, beinhaltet es die tatsächlich entstandenen, notwendigen sowie

für Abrechnungen nachzuweisenden Kosten. Notwendige Kosten i. S. v. Satz 2 sind marktübliche Kosten.

#### § 14 Preisgleitklausel für das Betreiberentgelt

- (1) Eine Anpassung des Betreiberentgelts nach § 13 Abs. (2) erfolgt zum 01. Januar eines jeden Jahres, erstmalig zum 01.01.2028. Die Preisanpassung berechnet sich nach folgender Formel:

$$BP_i = BP * \left[ \left( 40\% * \frac{L_i}{L_0} \right) + \left( 40\% * \frac{M_i}{M_0} \right) + \left( 20\% * \frac{B_i}{B_0} \right) \right]$$

- (2) Die in der vorstehenden Preisanpassungsklausel verwendeten Kurzformen haben die folgende Bedeutung:

|        |   |
|--------|---|
| i =    | Jahr der Preisanpassung   |
| BP i = | Betriebsführungspauschale i. S. v. § 13 Abs. (2) im Kalenderjahr i in € pro Lichtpunkt  |
| BP =   | Betriebsführungspauschale gemäß § 13 Abs. (2) vor erstmaliger Preisanpassung in € pro Lichtpunkt  |
| Li =   | Jahresindex der tariflichen Stundenverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, der tariflichen Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, Tabelle 62221-0001, Merkmal VSTo65: Index d. tarifl. Stundenverdienste ohne Sonderzahl., Ausprägung WZo8-D: Wirtschaftszweig Energieversorgung, veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr i-1 |
| Lo =   | Jahresindex der tariflichen Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, Tabelle 62221-0001, Merkmal VSTo65: Index d. tarifl. Stundenverdienste ohne Sonderzahl., Ausprägung WZo8-D: Wirtschaftszweig Energieversorgung veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr 2027  |
| Mi =   | Jahresindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Tabelle 61241-0003, Merkmal GP2009 (Sonderpositionen): Gewerbliche Produkte, Ausprägung GP-X002: Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten (ehemals Fachserie 17 Reihe 2 Nr.3), veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr i-1  |
| Mo =   | Jahresindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Tabelle 61241-0003, Merkmal GP2009 (Sonderpositionen): Gewerbliche Produkte, Ausprägung GP-X002: Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten (ehemals  |

**Anlage Fo1 – Vertrag StrBel Betrieb und Instandhaltung 2027**

**Ausschreibung der Stadt Königsbrunn, 03826-22, Betriebsführung Straßenbeleuchtung**

Fachserie 17 Reihe 2 Nr.3), veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr 2027

$B_i =$  Jahresindex der Preisindizes für Bauwirtschaft, Ingenieurbau, Straßenbau, Bauleistungen am Bauwerk (Tiefbau), Deutschland, ohne Umsatzsteuer, Tabelle 61261-0003 (ehemals Fachserie 17 Reihe 4), veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr  $i-1$

$B_0 =$  Jahresindex der Preisindizes für Bauwirtschaft, Ingenieurbau, Straßenbau, Bauleistungen am Bauwerk (Tiefbau), Deutschland, ohne Umsatzsteuer, Tabelle 61261-0003 (ehemals Fachserie 17 Reihe 4), veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden in GENESIS-Online, für das Kalenderjahr 2027

**§ 15 Preisgleitklausel für Materialkosten**

- (1) Eine Anpassung der Vergütungen für Leistungen nach **Anlage 6 (Preisblatt - Teil Material)** erfolgt zum 01. Januar eines jeden Jahres, erstmalig zum 01.01.2028. Die Preisanpassung berechnet sich nach folgender Formel:

$$EP_{neu_i} = EP * \left[ \left( xx\% * \frac{L_i}{L_0} \right) + \left( xx\% * \frac{M_i}{M_0} \right) \right]$$

- (2) Eine Anpassung der Vergütungen für Leistungen nach **Anlage 6 (Preisblatt - Teil Lohn)** erfolgt zum 01. Januar eines jeden Jahres, erstmalig zum 01.01.2028. Die Preisanpassung berechnet sich nach folgender Formel:

$$EP_{neu_i} = EP * \left[ \left( xx\% * \frac{L_i}{L_0} \right) + \left( xx\% * \frac{M_i}{M_0} \right) \right]$$

- (3) Die in der vorstehenden Preisanpassungsklauseln verwendeten Kurzformen haben die folgende Bedeutung:

$i =$  Jahr der Preisanpassung

$EP_{neu,i} =$  Höhe des Einheitspreises jeder Position der **Anlage 6 (Preisblatt - Teil Material bzw. Lohn)** nach Preisanpassung in € für das Kalenderjahr  $i$

## **Anlage Fo1 – Vertrag StrBel Betrieb und Instandhaltung 2027**

Ausschreibung der Stadt Königsbrunn, 03826-22, Betriebsführung Straßenbeleuchtung

- EP = Höhe des Einheitspreises jeder der Position der **Anlage 6** (Preisblatt - Teil Material bzw. Lohn) in € vor erstmaliger Preisanpassung in €; bei nachfolgenden Preisanpassungen der erstmalig angepasste Angebotspreis
- Li = **Jahresindex der tariflichen Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich**, Wirtschaftszweig Energieversorgung (D), 62221-0002 WZo8-B-05, Deutschland, veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden, **für das Vertragsjahr i-1**
- Lo = **Jahresindex der tariflichen Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich**, Wirtschaftszweig Energieversorgung (D), 62221-0002 WZo8-B-05, Deutschland, veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden, **für das Jahr 2027**
- Mi = **Jahresindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** (Inlandsabsatz), Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten, 61241-0002, veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden **für das Vertragsjahr i-1**
- Mo = **Jahresindex** für das Jahr 2027 der **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** (Inlandsabsatz), Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten, 61241-0002, veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden

### **§ 16 Allgemeine Regelungen zu der Preisanpassung**

- (1) Die Stadt wird mindestens sechs Wochen vor Inkrafttreten der Preisanpassungen nach den vorstehenden Paragraphen informiert, soweit mit einer Preisanpassung zu rechnen ist. Die Angaben erfolgen jeweils als Nettobetrag.
- (2) Sollte ein in den vorstehenden Paragraphen genannter Index in Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden, so wird er durch einen in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen möglichst gleichen oder den bisherigen Bezugsgrößen nahekommenden Index ersetzt. Die Indices des Statistischen Bundesamts werden unter <https://www.destatis.de/> veröffentlicht.

### **§ 17 Verkehrs-/Anlagensicherungspflichten, Sicherheitsauflagen**

- (1) Der Stadt obliegt die Einhaltung der allgemeinen Verkehrssicherungspflichten. Der Betreiber stellt die Stadt im Innenverhältnis von jeglichen Ansprüchen aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht frei, soweit sich diese daraus ergibt, dass der Betreiber seine vertraglichen Pflichten verletzt. Dem Betreiber obliegt die Darlegungs- und Beweislast, dass eine Pflichtverletzung seinerseits nicht vorliegt.

- (2) Soweit die Stadt entgegen ausdrücklicher und in Textform begründeter Empfehlung des Betreibers im Bereich der Verkehrssicherungspflichten der öffentlichen Beleuchtung Maßnahmen anweist oder durchführt, sind dem Betreiber aus dieser Maßnahme möglicherweise folgende Verletzungen der Verkehrssicherungspflicht nicht zuzurechnen.
- (3) Die Anlagensicherungspflicht für sämtliche Straßenbeleuchtungsanlagen gemäß § 2 Abs. (1) im Vertragsgebiet obliegt dem Betreiber. Er kennzeichnet auch die nicht ganznünftig eingeschalteten Leuchtstellen.
- (4) Der Betreiber ist verpflichtet, die Standsicherheitsprüfung der Straßenbeleuchtungsanlagen innerhalb von jeweils 5 Jahren, beginnend mit der Vertragslaufzeit, für alle im Vertragsgebiet befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen unter Berücksichtigung bekannter Ergebnisse aus vergangenen Standsicherheitsprüfungen durchzuführen. Hierzu hat er anhand der Zustandsdaten, des Alters der Masten und der Ergebnisse vergangener Standsicherheitsprüfungen ein Prüfkonzzept zur Durchführung der Standsicherheitsprüfungen vorgelegt (**Prüfkonzzept Standsicherheit**), aus welchem sich insbesondere die für das jeweils nächste Jahr zu prüfenden Anlagen ergeben. Die tatsächliche Umsetzung des Prüfkonzpts durch den Betreiber oder einen von diesem beauftragten Dritten ist zu dokumentieren und jährlich zu aktualisieren; die entsprechenden Daten und Erkenntnisse der Standsicherheitsprüfung sind der Stadt in Textform sowie im GIS-System im jeweiligen Folgejahr bis zum 30.06. bereitzustellen. Die Kosten der Standsicherheitsprüfung sind mit dem Betreiberentgelt abgegolten.
- (5) Der Betreiber hat bei Ausführung der ihm übertragenen Tätigkeiten alle Vorgaben zu Verkehrs- und Anlagensicherung, Strom- und Spannungsfreischaltung sowie die Arbeitssicherheitsvorgaben (u. a. zu „Arbeiten unter Spannung“) einzuhalten.

## § 18 Haftung, Haftungsfreistellung

- (1) Der Stadt obliegt die Einhaltung der allgemeinen Verkehrssicherungspflichten. Der Betreiber unterstützt die Stadt bei der Einhaltung ihrer allgemeinen Verkehrssicherungspflichten nach Maßgabe dieses Vertrags. Soweit sich die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht daraus ergibt, dass der Betreiber seine vertraglichen Pflichten nicht ordnungsgemäß erfüllt, stellt er die Stadt

von etwaigen Schadensersatzansprüchen frei. Dies gilt auch für Vertrags-, Obhuts- und Sorgfaltspflichten sowie für Schäden, die durch seine Arbeiter, Angestellten, Beauftragten, auch „Verrichtungsgehilfen“ oder sonstige Personen, verursacht werden. Dem Betreiber obliegt die Darlegungs- und Beweislast, dass keine Verletzung der Vertrags-, Obhuts- und Sorgfaltspflichten vorliegt, die für den Schaden ursächlich war.

- (2) Soweit die Stadt entgegen einer ausdrücklichen Empfehlung des Betreibers im Bereich der Verkehrssicherungspflichten Maßnahmen anweist oder durchführt, sind dem Betreiber aus dieser Maßnahme möglicherweise folgende Verletzungen der Verkehrssicherungspflicht nicht zuzurechnen.
- (3) Die Anlagensicherungspflicht für sämtliche Straßenbeleuchtungsanlagen im Vertragsgebiet obliegt dem Betreiber. Er kennzeichnet auch die nicht ganznünftig eingeschalteten Leuchtstellen (Zeichen 394 [roter Ring für abgeschalteten Lichtpunkt]).
- (4) Für Schäden infolge von Unterbrechungen oder Unregelmäßigkeiten in der Nutzung des Netzanschlusses für die Elektrizitätsversorgung zur öffentlichen Beleuchtung haftet der Netzbetreiber. Der Betreiber stellt der Stadt in diesen Fällen alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen zur Verfügung, welche der Geltendmachung von Ansprüchen der Stadt gegen den Netzbetreiber dienlich sind.
- (5) Der Betreiber ist verpflichtet eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, während der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und der Stadt auf Verlangen nachzuweisen. Die Versicherungssummen betragen mind. € 5 Mio. pauschal für Personen- und/oder Sachschäden und € 5 Mio. für Vermögensschäden, 2-fach maximiert je Versicherungsjahr.

## **§ 19 Übertragung von Rechten und Pflichten**

- (1) Die Parteien sind sich einig, dass eine Abtretung von Rechten und Pflichten des Betreibers gegen die Stadt aus diesem Vertrag an Dritte nur dann wirksam ist, wenn die Stadt vorab ihre Zustimmung in Textform dazu erteilt hat. Davon unberührt bleibt das Recht des Betreibers, sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten eines oder mehrerer Unterauftragnehmer zu bedienen.

- (2) Einer Zustimmung der Stadt i. S. d. vorstehenden Absatzes bedarf es auch, wenn der Betreiber Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag einem i. S. v. §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen überträgt und/oder ein i. S. v. §§ 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen mit der Erfüllung von Pflichten aus diesem Vertrag betraut.

### **§ 20 Laufzeit, Endschaft**

- (1) Die Vertragslaufzeit beträgt 10 Jahre. Sie beginnt am 01.01.2027. Der Vertrag kann von der Stadt einseitig zweimalig um jeweils fünf Jahre verlängert werden. Die Stadt teilt die Verlängerung dem Betreiber spätestens 12 Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit mit.
- (2) Eine außerordentliche Kündigung des Vertrags vor Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit ist nur aus besonders wichtigem Grund möglich. Ein solcher Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit nicht zugemutet werden kann. Ferner ist die Stadt berechtigt, den Vertrag außerordentlich zu kündigen, wenn der Betreiber wesentliche Vertragspflichten verletzt oder wiederholt Schlechtleistungen erbringt und die ordnungsgemäße Vertragserfüllung auch nach Aufforderung in Textform unter angemessener Fristsetzung nicht sicherstellt.
- (3) Der Betreiber ist verpflichtet, der Stadt spätestens zehn Monate vor dem Ende der Vertragslaufzeit die aktuellen Bestandsdaten gemäß § 6 Abs. (2) i. V. m. in **Anlage 3** (Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis) mit allen notwendigen Erläuterungen zu übergeben. Er teilt weiter mit, welche gegebenenfalls weiteren Anlagen vorhanden sind und welche Entflechtungsmöglichkeiten vom Netz der allgemeinen Versorgung gegebenenfalls noch bestehen. Er erteilt Auskünfte und stellt diejenigen Betriebsunterlagen zur Verfügung, die die Stadt im Vorfeld der Ausschreibung eines neuen Straßenbeleuchtungsvertrags von ihm benötigt.
- (4) Der Betreiber übergibt der Stadt am Ende des Vertrags alle wiederverwendbaren/verwertbaren Ersatzteile, sofern die Kosten für diese bereits durch die Stadt getragen wurden. Er übergibt des Weiteren sämtliche Unterlagen und Dokumentationen, die zum Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlagen nach

Ende der Vertragslaufzeit erforderlich sind.

### **§ 21 Erfüllungsort, Gerichtsstand**

Erfüllungsort ist das Stadtgebiet Königsbrunn, Gerichtsstand ist Augsburg.

### **§ 22 Anforderungen an die Abrechnung, Textform, Vertragsanlagen**

- (1) Der Betreiber hat der Stadt nach Abschluss einer Maßnahme gemäß § 5, § 7 Abs. (2), § 8, § 12 eine die genauen Kosten dieser Maßnahme ausweisende, den steuerlichen Anforderungen genügende gesonderte Aufstellung zu fertigen und binnen einem Monat zu übergeben. Dabei ist stets das vollständige Aufmaß unter Angabe der durchgeführten Maßnahme sowie des jeweiligen eindeutigen Standorts beizufügen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform, soweit nicht weitergehende gesetzliche Formvorschriften gelten. Dies gilt auch für die Aufhebung des Textformerfordernisses.
- (3) Die im Vertrag angeführten Anlagen sind Vertragsbestandteile.

### **§ 23 Erhaltungs-/Ergänzungsklausel**

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden oder sollte sich im Vertrag eine Lücke herausstellen, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.
- (2) Sollte in der Vereinbarung ein regelungsbedürftiger Punkt nicht benannt oder nicht ausreichend geregelt worden sein, so verpflichten sich die Parteien, die Lücke im Sinne und Geiste dieser Vereinbarung durch eine ergänzende Regelung zu schließen. Dieser Vertrag ist nach den Grundsätzen verständiger und loyaler Kaufleute auszulegen und zu handhaben.
- (3) Sollten während der Vertragsdauer Umstände (wie rechtliche oder technische Normänderungen) eintreten, welche die wirtschaftlichen, technischen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrags wesentlich berühren, die aber in diesem Vertrag nicht geregelt oder die bei seinem Abschluss nicht bedacht worden sind, oder erweisen sich Bestimmungen dieses Vertrags für die Parteien (bezogen auf diesen Vertrag) als unzumutbar, so soll diesen Umständen nach Vernunft und Billigkeit durch Vertragsanpassung Rechnung getragen



werden. Die Partei, die sich auf derartige Umstände beruft, hat die hierfür erforderlichen Tatsachen darzulegen und nachzuweisen.

|                   |       |     |       |
|-------------------|-------|-----|-------|
| Königsbrunn       | , den |     | , den |
| Stadt Königsbrunn |       | xxx |       |

## Anlagenverzeichnis

- |                  |   |
|------------------|---|
| <b>Anlage 1</b>  | Beleuchtungskonzept (Dimmprofil)  |
| <b>Anlage 2:</b> | Vorgaben zum Schutz von Umwelt und Natur (Energieleitbild Stadt Königsbrunn, Öko-Design-Richtlinie (Richtlinie 2009/125/EG), Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Restriction of Hazardous Substances – RoHS), alle auf Basis der vorstehenden Regelungen erlassenen Vorschriften.) |
| <b>Anlage 3:</b> | Bestands- und Betriebsdatenverzeichnis (im Vergabeverfahren Anlage Eo3)   |
| <b>Anlage 4:</b> | Liste Eigentumsgrenzen (im Vergabeverfahren Anlage Eo2)   |
| <b>Anlage 5:</b> | Leistungsverzeichnis (im Vergabeverfahren Anlage Eo1)   |
| <b>Anlage 6:</b> | Preisblatt (im Vergabeverfahren Anlage Do3)   |
| <b>Anlage 7:</b> | Netztrennungsvereinbarung Stadt – LVN vom 18./24.03.2021  |